

El Mundo, 5. Oktober 2011

Deutsche Abgeordnete schockiert angesichts der Gewalt

Besucher zeigten sich bestürzt angesichts der hohen Gewaltrate. Generalstaatsanwaltschaft der Republik wird als „schwach“ wahrgenommen.

Liset Orellana

El Mundo

Ein Land mit einer hohen Gewaltrate, eine Generalstaatsanwaltschaft, die kaum 3 % der Tötungsdelikte vor Gericht bringt, und drei Staatsgewalten, die nicht den politischen Willen zur Umsetzung von Maßnahmen aufbringen, die zu einer Reduzierung der Gewaltrate beitragen würden – dies sind einige der Eindrücke, die die Mitglieder des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages von ihrem Besuch mit nach Hause nehmen.

Die Parlamentarier, die unterschiedlichen politischen Parteien im Bundestag angehören, trafen mit Abgeordneten der gesetzgebenden Versammlung, mit Vertretern des Obersten Gerichtshofs und mit dem Außenminister Hugo Martínez zusammen.

Aus diesen Treffen schlossen sie, dass das Land mehr Ressourcen benötigt, um die Justizorgane angemessen zu befähigen.

„Ich habe den Eindruck, dass jeder der Vertreter die schlechte Finanzierung und mangelhafte Funktionsweise beklagt, aber niemand eine politische Strategie hat, die eine Verbesserung herbeiführen würde. Die Staatsanwaltschaft ist offensichtlich sehr schwach“, erklärte Tom Koenigs, Leiter der Delegation aus sieben Abgeordneten.

Ein anderer deutscher Parlamentarier schloss mit den Worten: „Dieser Besuch hat bei mir einen tiefen Eindruck hinterlassen und ich bin schockiert angesichts der Gewalt, die dieses Land erschüttert. Vor diesem Hintergrund denke ich, dass die politischen Möglichkeiten, diese Situation zu bewältigen, sehr eingeschränkt sind.“

Die Delegation besuchte ein Frauengefängnis in Ilopango, wo sie die Bedingungen, unter denen die Inhaftierten lebten, beklagte.

Bedingung

Deutschland ist einer der größten Entwicklungspartner in El Salvador. Angesichts dessen kam die Frage auf, ob die Hilfe, die das Land erhält, an die Bedingung einer Senkung der Gewaltrate geknüpft werden könnte.

„Wenn ich von Bedingungen, vielleicht seitens der internationalen Gemeinschaft einschließlich der Europäischen Union, spreche, meine ich, die Hilfe sollte von einer Zusammenarbeit mit Interpol abhängig gemacht werden“, sagte Koenigs.

Er fügte hinzu, dass die Verweigerung der Zusammenarbeit mit Interpol die gesamte internationale Zusammenarbeit gefährde.

Der jüngste Fall in unserem Land betraf den von Interpol ausgestellten internationalen Fahndungsauftrag gegen fünf ehemalige Armeemitglieder, deren Auslieferung von der spanischen Justiz gefordert wird, damit diese sich vor Gericht für den Tod der jesuitischen Geistlichen verantworten. Der Oberste Gerichtshof ordnete an, die ehemaligen Offiziere auf freiem Fuß zu belassen.